

**Gemeinsames Memorandum des Präsidenten des Ministerrates und des
Landeshauptmanns der Provinz Bozen anlässlich ihres Treffens in Bozen
am 5. August 2013**

Abkommen zwischen dem Präsidenten des Ministerrates und dem Landeshauptmann der
Provinz Bozen

- Im Anschluss an die vorausgegangenen Treffen, Verpflichtungen, Kontakte und an den vorausgegangenen Schriftwechsel;
- unter Berücksichtigung der Geschichte, der Kultur und der autonomistischen Tradition und Berufung des Territoriums der autonomen Provinz Bozen sowie der Gründe für die Verankerung ihrer Sonderautonomie im internationalen Kontext;
- zur Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen den Einrichtungen des Staates und den Landeseinrichtungen, unter anderem durch die Ermittlung von Maßnahmen zur Behebung der Streitigkeiten in den Bereichen öffentlicher Haushalt, Einzelhandel, Raumordnung, Energieproduktion und weiterer Streitsachen vor dem Verfassungsgericht, die der Verwaltungstätigkeit schaden können

vereinbaren der Präsident des Ministerrates und der Landeshauptmann der Provinz Bozen ein gemeinsames Aktionsprogramm mit folgenden kurz- und mittelfristigen Zielen:

Kurzfristige Ziele:

- Ernennung der Paritätischen Sechserkommission und der Paritätischen Zwölferkommission und Aufnahme der Arbeit dieser Kommissionen;
- Ausarbeitung eines Gesetzentwurfs, unter Beachtung der staatlichen Zuständigkeiten, in den Bereichen Mindestabstände von Gebäuden, Einschränkung der Handelstätigkeit im landwirtschaftlichem Grün und im alpinem Grünland sowie in Gewerbegebieten;
- Prüfung der Möglichkeit, im Bereich der bereits zwischen der Regierung und den Regionen mit Sonderstatut bestehenden Fachkommissionen bei der Überarbeitung der Immobiliensteuer IMU die Einnahmen aus dieser Steuer den Gemeinden der Provinz Bozen (und der Provinz Trient) zu überlassen;
- Kohärente Anwendung der Grundsätze, auf denen die Errichtung des Fonds für angrenzende Gemeinden beruht,
- Überarbeitung der Durchführungsbestimmung zum Nationalpark Stilfserjoch in Zusammenarbeit mit der Region Lombardei.

Mittelfristige Ziele:

- Überarbeitung des Mailänder Abkommens mit dem Ziel, die Rolle der beiden autonomen Provinzen bei der Verwaltung der Steuereinnahmen zu stärken;

- Festlegung der Formen und Modalitäten, wie die autonomen Provinzen die öffentliche Verschuldung mittragen sollen, vorausgesetzt, dass sie frei entscheiden können, mit welchen konkreten Sparmaßnahmen die Sanierung des öffentlichen Haushalts erreicht werden soll.

Diesbezüglich wird festgelegt, dass für den 7. August 2013 ein erstes Fachtreffen zwischen Vertretern des MEF (Ministerium für Wirtschaft und Finanzen), des Ministeriums für regionale Angelegenheiten und der beiden autonomen Provinzen anberaumt ist, um diese Themen in Angriff zu nehmen, unter anderem auch die bereits entschiedene bzw. noch anhängige Streitsache vor dem Verfassungsgerichtshof.